

INTERVIEW

»Die Freie Wohlfahrtspflege hat immer auf Partizipation und Teilhabe gesetzt«



Dr. GERHARD TIMM ist seit März 2009 Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. Er wurde in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) geboren und ging in Ostberlin in die Schule. Nach der Übersiedlung in die Bundesrepublik im Jahre 1976 studierte er Volkswirtschaftslehre mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt in Köln, wo er anschließend bis zur Promotion wissenschaftlicher Mitarbeiter war. Bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung in Köln wurde er Vorstandsreferent, im Anschluss Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin. Danach war er über zehn Jahre Geschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz e. V. Deutschland. Das Interview mit Dr. Gerhard Timm führte Prof. Dr. phil. Andreas Strunk.

Seit zwei Jahren ist Gerhard Timm Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Die Organisation ist zusammen mit der Bank für Sozialwirtschaft und der Nomos Verlagsgesellschaft Träger des Kongresses der Sozialwirtschaft. SOZIALwirtschaft befragte ihn zum Thema des nächsten Branchentreffs »Den Wandel steuern – Personal und Finanzen als Erfolgsfaktoren« am 26. und 27. Mai 2011 in Magdeburg.

SOZIALwirtschaft: Der 7. Kongress der Sozialwirtschaft beschäftigt sich mit Aspekten des Wandels. Auf welche Treiber muss aus Ihrer Sicht die Sozialwirtschaft reagieren?

Gerhard Timm: Man wird kurzfristige von längerfristigen Anpassungsbedarfen unterscheiden müssen. Bei den kurzfristigen ist vor allem auf die Auswirkung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu achten. Die Probleme werden wir vor allen Dingen in den kommunalen Kontexten spüren. Die schlechter werdenden finanziellen Spielräume in den Kommunen führen zu einem Kostendruck auf die Träger und Einrichtungen der Sozialwirtschaft. Es wird immer schwieriger, entsprechende finanzielle Mittel zu akquirieren. Wir werden uns auf die Schließung der einen oder anderen Einrichtung einstellen müssen. Auch bei der Entwicklung des Personals sehe ich große Schwierigkeiten. Wir beobachten das Anwachsen von Mini-Jobs und von Leiharbeit im Dritten Sektor. Generell gilt, dass prekäre Arbeitsverhältnisse rasant zunehmen. Hier werden wir vor eine grundsätzliche Frage gestellt: Wo ist die Grenze dessen, was wir uns als Freie Wohlfahrtspflege noch erlauben können, ohne unseren guten Ruf zu riskieren?

SOZIALwirtschaft: Und wo sehen Sie die langfristigen Veränderungen?

Gerhard Timm: Bei den langfristigen Trends werden wir auf die Demografie achten müssen und auf die Probleme, die mit der Migrationsthematik zusammenhängen. Ich sehe auch bezogen auf Trends ein grundsätzliches Problem: Können wir uns die Doppelrolle der Freien Wohlfahrtspflege noch leisten? Mit Doppelrolle meine ich: Auf der einen Seite in der Abhängigkeit von den öffentlichen Mitteln unsere Angebote qualitativ gut und bedarfsgerecht zu erfüllen und auf der anderen Seite die Politik zu kritisieren, weil uns der allgemeine Mainstream bei der einen oder anderen Gesetzgebung nicht passt. Ich denke da an die zunehmende Belastung der unteren Schichten. In jedem Fall werden wir hier sorgfältig balancieren müssen zwischen Anpassung und Politisierung. Als weiteren »Treiber«, wie Sie es nennen; sehe ich die Sozialpolitik der Europäischen Union. Hier wird es darum gehen, wie der Lissabon-Vertrag schlussendlich ausgefüllt wird. Wie stark will Brüssel eine eigene Sozialpolitik gestalten? Führt das zu einer Zerstörung des Modells hier in der Bundesrepublik? Wird die besondere Stellung der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland aufge-

weicht? Das sind Fragen, die noch nicht beantwortet werden können; ich befürchte aber, dass das deutsche System aufgeweicht wird.

SOZIALwirtschaft: Welche dieser Trends könnten das Selbstverständnis der Sozialwirtschaft gefährden?

Gerhard Timm: Der Kostendruck, der durch die öffentlichen Kassen ausgeübt wird, kann dazu führen, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Klienten angetastet wird. Hier gibt es die ersten besorgniserregenden Entwicklungen in der Altenhilfe. Der Druck auf das Wunsch- und Wahlrecht wird übrigens dazu führen, dass die Grenze zwischen freigemeinnützigen und privatgewerblichen Anbietern immer durchlässiger wird. Die Angebote werden immer ähnlicher. Das hängt mit den Ausschreibungsverfahren zusammen. Oft wird entschieden nach dem Prinzip: »Wer ist der Billigste?« Hier müssen wir aufpassen. Wir brauchen eine zunehmende Achtsamkeit auf die Qualität unserer Angebote. Teilweise müssen wir auch durch das Engagement von Freiwilligen unsere Qualitätsvorteile gegenüber den privatgewerblichen Anbietern besser nutzen. Das setzt allerdings voraus, dass die Freiwilligenarbeit in der Freien Wohlfahrtspflege noch professioneller gestaltet wird.

SOZIALwirtschaft: Wie sollten sich die Unternehmen der Sozialwirtschaft angesichts der angesprochenen Entwicklungen verhalten?

Gerhard Timm: Wie bereits angedeutet: Wir müssen die Qualität sichern und weiterentwickeln. Wir müssen gegenüber den Kostenträgern und gegenüber der Öffentlichkeit transparent bleiben und unser spezifisches Proprium glaubhaft und erkennbar im Kontrast zum privatgewerblichen Bereich artikulieren. Wir haben im Gegensatz zu diesem wesentlich bessere Möglichkeiten, bürgerschaftliches Engagement zu integrieren und wir haben die Möglichkeit, über Kreuzfinanzierungen uns Angebote zu leisten, die im privatgewerblichen Bereich kaum angeboten werden können. Ich denke hier vor allen Dingen an Hilfen für Menschen, die von Armut bedroht und belastet sind. Im Felde der Überkreuzfinanzierungen können wir sehr kreative Kreisläufe organisieren. Das macht ja auch das spezifische der Freien Wohlfahrtspflege aus.

SOZIALwirtschaft: Die Unternehmen und die Aktivitäten der Freien Wohlfahrtspflege erfüllen nach Meinung von Beobachtern eine Funktion von »Wertegaranten« in der Gesellschaft. Ist das aus Ihrer Sicht eine eher naive Zuschreibung? Wie schätzen Sie die Politikfähigkeit der handelnden Personen und ihrer Unternehmungen in der Sozialwirtschaft ein?

Gerhard Timm: Die Freie Wohlfahrtspflege hat einen großen Vertrauensvorsprung in der Öffentlichkeit. Was sich die Freie Wohlfahrtspflege inhaltlich und organisatorisch leisten kann, dafür gibt es im öffentlichen Bewusstsein wirksame Standards. Am Beispiel der Berliner Treberhilfe ist ja deutlich geworden, wo die Grenzen für das geschäftliche Handeln der Freien Wohlfahrtspflege liegen. Dieser Ausdruck »Wertegaranten in der Sozialpolitik«, den kann ich nur unterstreichen. Ich halte das für ein Pfund, mit dem wir wuchern müssen. Da sind sich alle Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege einig, auch wenn die Grundhaltungen und die entsprechenden Werte unterschiedlich sein können. Die Orientierung beispielsweise des Deutschen Roten Kreuzes ist eine andere als die der kirchlichen Verbände. In jedem Fall müssen wir deutlicher unsere Strategien und Angebote von den je unterschiedlichen Leitbildern der Freien Wohlfahrtspflege ableiten.

SOZIALwirtschaft: Kann das nicht zu Konflikten zwischen Verbänden und Unternehmen der Sozialwirtschaft führen?

Gerhard Timm: Generell sehe ich das Problem, dass die Verbände sich eher vom staatlichen Handeln distanzieren, während die einzelnen Träger mit ihren Angeboten eher zu einer Anpassung an staatliche Normen gezwungen werden. Wenn sie das nicht tun würden – vor allem vor Ort – würden viele Angebote aus dem Markt gedrängt. Generell gilt allerdings, dass die Freie Wohlfahrtspflege eher auf eine »leise« Lobbyarbeit im Bereich der Verbandsarbeit orientiert ist. Sie leistet gute Arbeit im politischen Hintergrund mit ihren entsprechenden Netzwerken und es ist bisher auch sehr erfolgreich gelaufen. Immerhin hat Deutschland einen weltweit als vorbildlich eingeschätzten Sozialstaat geschaffen. Manche sagen, wir sind so etwas

wie ein schlafender Riese. Und wenn es diesem schlafenden Riesen gelänge, seine Kräfte mehr zu bündeln, dann würde er noch stärker Einfluss nehmen auf staatliche Politik. Ein solches Feld liegt beispielsweise in der Auseinandersetzung mit der Mindestlohnfrage. Mindestlöhne garantieren eine Reduktion von prekären Arbeitswelten. Das kann uns in der Freien Wohlfahrtspflege nur dienlich sein, weil die Nachfrage von armutsbelasteten Haushalten nach unseren Angeboten deutlich geringer werden würde. Ich habe schon angedeutet: Wir brauchen verstärkt eine Kunst des Balancierens zwischen Kritik am staatlichen Handeln einerseits und dem Umgehen mit den ökonomischen Zwängen, die vor allen Dingen im Felde der Kommunalpolitik zu beobachten und spüren sind.

SOZIALwirtschaft: Die Aktivitäten der Sozialwirtschaft werden eher dem Non-Profit-Sektor zugerechnet. Welche Kooperationen mit dem For-Profit-Sektor sind für Sie sinnvoll und sollten entwickelt werden?

Gerhard Timm: Beim Verhältnis von Non-Profit-Sektor zu For-Profit-Sektor gehe ich davon aus, dass wir durchaus voneinander lernen können. Bezogen auf Managementpraktik können wir sicher noch einiges übernehmen von den Kolleginnen und Kollegen im Wirtschaftssektor. Man wirft uns ja manchmal vor, dass wir ein »verschnarchtes Image« haben. Das mag punktuell stimmen. Aber die Professionalisierung des Managements in der Sozialwirtschaft nimmt stetig zu. Darüber hinaus gibt es konkrete Kooperationen unter den Stichworten Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship. Das bietet eine gute Grundlage für eine wechselseitige Kooperation. Auch können wir im gemeinnützigen Sektor konkrete Angebote machen für den For-Profit-Bereich. Ich denke hier beispielsweise an die Übernahme von Betriebskindergärten oder an die Übernahme von Projekten für Mitarbeiterbindung in den Betrieben. Im Übrigen gibt es in der Wirtschaft eine interessante Entwicklung, die auch von der Politik zunehmend aufgenommen wird. Diskutiert wird über Fragen wie: »Wie lange können wir uns das derzeitige Wachstums- und Wohlstandsmodell noch leisten?« »Brauchen wir nicht eine andere Form

des Wirtschaftens, die schonender mit den kulturellen, natürlichen und personalen Ressourcen umgeht?« Solche Überlegungen werden derzeit auch in der CDU auf Bundesebene diskutiert. Solche Diskussionen sind wir bisher eher aus anderen politischen Lagern gewohnt. Offensichtlich – und das ist auch gut so – gibt es hier einen wachsenden Diskussions- und Entwicklungsbedarf, der von uns in der Freien Wohlfahrtspflege konstruktiv begleitet und gestützt werden kann. Denn diese Überlegungen kommen unserem Politik- und Arbeitsverständnis schon sehr nahe.

SOZIALwirtschaft: Politikwissenschaftler sprechen in der letzten Zeit oft davon, dass sich unser Politiksystem in die Richtung eines »postdemokratischen Zustandes« bewegen würde. Wenn das stimmen sollte, was hätte das für die Entwicklung der Sozialwirtschaft für Konsequenzen?

Gerhard Timm: Wenn Sie mit »Postdemokratie« Prozesse meinen, wie eine politische und wirtschaftliche Elite demokratische Strukturen unterwandert, und solche Entwicklungen gibt es in der Tat, dann müssen wir das kritisieren. Ich glaube allerdings, dass eine andere Dynamik relevant wird, die man auch unter das Etikett »Postdemokratie« einordnen könnte. Es handelt sich hier um aufkeimende Einmischungen, wie wir dies an unterschiedlichen bürgerschaftlichen

Aktivitäten (so bei »Stuttgart 21«) beobachten können. Ich glaube, dass wir eher auf dem Wege zu einer plebiszitär gestärkten Demokratie sind. Und solche plebiszitären Elemente werden zunehmen. Die Freie Wohlfahrtspflege hat immer auf Partizipation und Teilhabe gesetzt. Wir eröffnen ja auch konkret durch unsere Arbeit Teilhabemöglichkeiten für ausgeschlossene und arme Menschen. Insofern rennt man bei uns offene Türen ein. Für unsere eigenen Unternehmen wünsche ich mir mehr Beteiligung und Teilhabe durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das betrifft übrigens auch den Umgang mit dem Ehrenamt.

SOZIALwirtschaft: Sie kommen aus der Umweltbewegung – welche von den Erfahrungen, die Sie dort gesammelt haben, können Sie in Ihrer jetzigen Tätigkeit besonders gut einbringen?

Gerhard Timm: Das ist richtig, ich komme vom Bund für Umwelt und Naturschutz. Allerdings ist zu beachten, dass die beiden Kontexte sehr unterschiedlich sind. In der Umweltaarbeit wird in anderer Weise Politik gestaltet als in der Freien Wohlfahrtspflege. In der Umweltpolitik wird eher auf Konflikte und die Herstellung von Öffentlichkeit gesetzt. Das ist ein Muster, das nur bedingt auf die Lobbyarbeit der Freien Wohlfahrtspflege übertragen werden kann. Ich hatte ja schon von

»leiser« Lobbyarbeit gesprochen. Beim Bund für Umwelt und Naturschutz habe ich den Umgang mit aufwendigen Abstimmungsprozessen gelernt. Das betrifft sowohl vertikale Perspektiven als auch horizontale Perspektiven. Diesen Erfahrungsschatz kann ich schon in modifizierter Weise hier bei meiner Arbeit in der Freien Wohlfahrtspflege einbringen.

SOZIALwirtschaft: Wohin sollte es Ihrer Meinung nach in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege gehen?

Gerhard Timm: Wir sind als Plattform der sechs großen Wohlfahrtsverbände in Deutschland immer auf der Suche nach einem größten gemeinsamen Nenner. Je größer dieser gemeinsame Nenner im Bereich unserer Mitgliedsverbände ist, desto größer sind unsere Möglichkeiten der politischen Einflussnahme. Ich wünsche mir mehr Entschlossenheit zu einer großen Linie. Inhaltlich handelt es sich um die Entfaltung einer stärkeren Anwaltlichkeit, um die Entwicklung von mehr sozialer Gerechtigkeit in unserem Land, um die Verbesserung von Teilhabechancen für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die oft übersehen oder an den Rand geschoben werden. Generell wünsche ich mir weniger Detailfixierung und eine stärkere Erörterung von Fragen und Antworten, die die großen Linien der Politik bestimmen. ■

Schriften zur europäischen Arbeits- und Sozialpolitik | 7

Karolina Stegemann

Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht in Polen

Wechselbeziehungen im geschichtlichen Kontext

 Nomos

Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht in Polen

Wechselbeziehungen im geschichtlichen Kontext

Von Dr. Karolina Stegemann

2011, 630 S., brosch., 119,- €, ISBN 978-3-8329-5715-5

(Schriften zur europäischen Arbeits- und Sozialpolitik, Bd. 7)

Gewerkschaften spielten in Polens jüngster Geschichte und bei der Rechtsentwicklung eine besondere Rolle. Diese Studie liefert erstmals eine interdisziplinäre Analyse der vielschichtigen Wechselbeziehungen, welche die Dynamik gegenseitiger Beziehungen zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern ausmachen und das aktuelle polnische Arbeitsrecht prägen.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de



Nomos